

Bericht über die Sitzung 2/2006 des Hauptausschusses am 20. Juni 2006 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Die berufliche Qualifizierung Benachteiligter war Schwerpunktthema der Sommersitzung 2006 des Hauptausschusses am 20. Juni in Bonn. Zu Beginn der Beratungen gab Bent PAULSEN, Leiter des Arbeitsbereiches „Berufliche Bildungsgänge und Lernverläufe/Förderung zielgruppenbezogener Berufsbildung“ im BIBB, eine Einführung in dieses Thema. Er machte auf die Vielfalt der Erscheinungsformen, in denen Benachteiligung auftritt, aufmerksam, und informierte über die Art der Maßnahmen der beruflichen Benachteiligtenförderung, über deren Ziele und qualitativen Erfolge. Außerdem verdeutlichte er die mit den Schlagwörtern „Warteschleifen“ und „Förderdschwengel“ bezeichneten Probleme und gab einen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Benachteiligtenförderung.

Nach Ansicht von PAULSEN dürfe die Berufsausbildung nicht mit „Reparaturaufgaben“ belastet werden. Tatsache sei, dass sich Benachteiligtenförderung zu einem „zweiten Weg“ neben der Einmündung in das System der „regulären“ dualen und vollschulischen Berufsausbildung entwickelt habe, allerdings in einer äußerst unübersichtlichen Formen- und Durchführungsvielfalt. Er machte deutlich, dass Benachteiligtenförderung grundsätzlich das Erreichen eines qualifizierten beruflichen Abschlusses zum Ziel haben müsse, um erfolgversprechend zu sein.

Der Hauptausschuss trat dafür ein, die heute geführte Debatte als Anlass für die Entwicklung einer handlungsorientierten Empfehlung zu nehmen und setzte zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe ein, die einen entsprechenden Empfehlungsentwurf erarbeiten soll.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt betraf die abschließende Beratung über die Neuorganisation des Bundesinstituts. Sprecher aller Bänke begrüßten das Neuorganisationskonzept. Kritisiert wurde arbeitgeberseits erneut die Schaffung zweier internationaler Arbeitsbereiche und die Eingliederung der Bildungstechnologie in die Abteilung 4 statt in die Abteilung 3.

Mit sehr deutlicher Mehrheit nahm der Hauptausschuss daraufhin das Konzept für die Neuorganisation des Bundesinstituts für Berufsbildung in der vorgelegten Fassung zustimmend zur Kenntnis. Der Präsident soll jährlich über Stand und Fortgang der Neuorganisation Bericht erstatten.

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt abschließend, dankte der Präsident für die Unterstützung und die konstruktive Zusammenarbeit bei der Entwicklung des vorgelegten Konzepts zur Neuorganisation. Die Ordnungsarbeit werde unvermindert auch weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt darstellen. Was die Verstärkung im internationalen Bereich angehe, sei dieser bisher deutlich unterbesetzt gewesen und müsse verstärkt werden, um die wachsende Zahl an Aufgaben – genannt wurden die Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens, das Thema ECVET und die internationale, beratende Kooperation – erfüllen zu können. Die strategische Forschungsplanung werde sich auch in Zukunft an Berufsbildungspraxis und -politik orientieren und durch Fokussierung auf Forschung im eigentlichen Sinne geschärft werden. Er bat alle Mitglieder darum, die weitere Umsetzung mit Gelassenheit und Geduld zu begleiten.

Im weiteren Sitzungsverlauf beschloss der Hauptausschuss die Novellierung der Satzung des Bundesinstituts, die neuen Richtlinien für die Durchführung der Aufgaben durch den Präsidenten oder die Präsidentin sowie die Geschäftsordnung für den Hauptausschuss und seine Unterausschüsse. Die Überarbeitung der Rechtsvorschriften durch eine Arbeitsgruppe des Hauptausschusses war wegen der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes 2005 erforderlich geworden.

Um auf der Grundlage der neuen Satzung auch seine eigene Organisation abzuschließen und die bisherigen Ad-hoc-Unterausschüsse abzulösen, setzte der Hauptausschuss neben dem Ständigen Unterausschuss und dem gesetzlichen Unterausschuss für Fragen behinderter Menschen zwei weitere Unterausschüsse für die Dauer der laufenden Amtsperiode ein: einen Unterausschuss für Berufsbildungsforschung und einen Unterausschuss, der den Berufsbildungsbericht und den Institutshaushalt berät. Alle sonstigen Aufgaben, die nicht fortlaufend als wiederkehrende Angelegenheiten behandelt werden müssen, sollen durch flexible Arbeitsgruppen des Hauptausschusses erledigt werden, denen jeweils entsprechende Fachleute der Bänke angehören sollen. In diesem Sinn setzte der Hauptausschuss

neben den neuen Unterausschüssen auch eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Konzepts zur Qualitätssicherung und zum Qualitätsmanagement der Ordnungsverfahren ein. Deren Ergebnisse sollen in der ersten Jahreshälfte 2007 vorliegen.

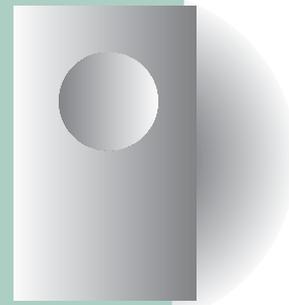
Als Empfehlung verabschiedete der Hauptausschuss die Rahmenrichtlinien für Ausbildungsregelungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO für Menschen mit Behinderungen und die zugehörigen Erläuterungen. Der Wortlaut dieser Empfehlung und der Erläuterungen wurde als Beilage zur letzten Ausgabe 4/2006 der BWP veröffentlicht.

Außerdem begrüßte der Hauptausschuss ausdrücklich, dass zu den neuen Rahmenrichtlinien eine Fachveranstaltung durchgeführt werden soll. Es gebe keine Möglichkeit, den zuständigen Stellen eine Umsetzung vorzuschreiben. Es reiche deshalb nicht, die Rahmenrichtlinien zu veröffentlichen. Vielmehr müsse man die Adressaten für ihre Umsetzung gewinnen. Ziel der Fachveranstaltung sei es, den an der beruflichen Bildung behinderter Menschen beteiligten Akteuren Orientierung und Hilfestellung bei der praktischen Umsetzung zu bieten, aber auch die Erfahrungen und Einschätzungen aus der Praxis in den weiteren Prozess der Entwicklung von Bildungsangeboten für behinderte Menschen aufzunehmen.

Der Hauptausschuss stimmte außerdem folgenden Rechtsverordnungen zu:

- Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss geprüfter Handelsassistent/geprüfte Handelsassistentin,
- Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss geprüfter Schließ- und Sicherungstechniker/geprüfte Schließ- und Sicherungstechnikerin,
- Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss geprüfter Controller/geprüfte Controllerin,
- Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss geprüfter Betriebswirt/geprüfte Betriebswirtin,
- Verordnung zur Änderung von Fortbildungsverordnungen.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Präsident der Vorsitzenden, Ingrid SEHRBROCK, zu ihrer kürzlich erfolgten Wahl zur Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gratuliert. Es sei ein Glücksfall für die berufliche Bildung und für den Hauptausschuss, wenn diese herausragende Aufgabe von einer Person übernommen werde, die sich der Bildungspolitik verschrieben habe und in diesem Jahr den Vorsitz im Hauptausschuss inne habe. Ihre Wahl sei ein wichtiges Signal zur Stärkung des Zukunftsfaktors berufliche Bildung. Alle Anwesenden beglückwünschten die Vorsitzende mit Applaus. Diese dankte für die Gratulation und erklärte, dass ihr die berufliche Bildung weiterhin Herzensangelegenheit bleibe. ■



Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen

BENT PAULSEN

Jugendliche ohne Berufsausbildung

Eine Längsschnittstudie zum Einfluss von Schule, Herkunft und Geschlecht auf ihre Bildungschancen

Sandra J. Wagner

Shaker Verlag, Aachen 2005, 293 Seiten; 39,80 €

Die Studie ist am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung im Rahmen der selbstständigen Nachwuchsgruppe „Ausbildungslosigkeit: Bedingungen und Folgen mangelnder Berufsausbildung“ entstanden und 2004 als Dissertation an der Freien Universität Berlin eingereicht worden.

Die Verfasserin stellt ins Zentrum ihrer Untersuchung die Frage: „Warum gibt es auch nach einer massiven Bildungsexpansion noch Jugendliche ohne Berufsausbildung?“ und analysiert die sozialstrukturellen Verschiebungen innerhalb der Gruppe der Jugendlichen ohne Berufsausbildung in den alten Bundesländern mit dem weiteren Ziel herauszufinden, wer sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten in dieser Gruppe befindet und wie sich diese Gruppe verändert hat. Die Studie soll somit Licht in das bislang weitgehend unerforschte Dunkel der Bildungs- und Lebenslaufforschung über diejenigen Jugendlichen werfen, die in der Bildungsexpansion ohne Erfolg bleiben.

Auf der Grundlage einer eingehenden Diskussion verschiedener theoretischer Deutungsansätze kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Ursachen für die Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen keineswegs nur beim Individuum zu suchen seien, sondern – zumindest im Hinblick auf die sozialstrukturellen Veränderungen dieser Gruppe – dass das Bildungssystem mit seinen Strukturen, Praktiken und Ver-